

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 93 38/39  
Telefax: 8 86 84 6 ppbn d

## Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB analysiert die finanzpolitische Lage der Bundesregierung: Stoltenbergs haushaltspolitische Zeitbombe.

Seite 1

Dr. Anke Martiny MdB setzt sich mit der Erhöhung der Kfz-Versicherung auseinander: Versicherungsnehmer brauchen Hilfe.

Seite 4

Freimut Duve MdB beglückwünscht Dieter Hildebrandt zum 60. Geburtstag: Holt den Scheibenwischer nach Bonn!

Seite 5

Dokumentation  
Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) hat an Bundeskanzler Helmut Kohl appelliert, die Chance zur Abrüstung wahrzunehmen. Wortlaut des Briefes an den Kanzler

Seite 6

42. Jahrgang / 97

22. Mai 1987

### Stoltenbergs haushaltspolitische Zeitbombe

Die Steuerschätzung dramatisiert die Situation des Finanzministers

Von Dr. Dieter Spöri MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Es handelt sich um einen einmaligen Vorgang: Die Bundesregierung ändert die von ihr selbst beschlossene Steuersenkung 1988, noch bevor sie in Kraft getreten ist. Die bereits für 1988 gedruckten Steuertabellen sind Makulatur und müssen eingestampft werden. Von einer vorausschauenden und berechenbaren Steuerpolitik oder gar von „Ruhe an der Steuerfront“ kann nicht die Rede sein. Das jetzt nachgeschobene Reparatur-Gesetz ist ein unfreiwilliges Eingeständnis der Bundesregierung, daß unsere wirtschaftspolitische Kritik an der Entlastungsstufe 88 des Steuersenkungsgesetzes mehr als berechtigt war.

Denn durch die beschlossene Steuersenkung 1988 werden einseitig die Bezieher hoher und höchster Einkommen begünstigt: Verheiratete Arbeitnehmer mit einem Monatsgehalt von bis zu etwa 4.000 DM sollten nach dem ursprünglich beschlossenen Gesetz 1988 überhaupt keine Entlastung erhalten. Den durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmern und Familien wird mit dem Steuersenkungsgesetz zugemutet, daß sie bei jeder Lohnerhöhung einen immer höheren Anteil ihres Gesamteinkommens als Lohnsteuer abführen müssen. Während für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen damit der Marsch in den Lohnsteuerstaat weitergeht, erhalten Spitzenverdiener lukrative Steuergeschenke.

Für das heute von der Bundesregierung eingebrachte Reparaturgesetz war jedoch nicht maßgebend, ein offenkundig ungerechtes Gesetz zu verbessern. Der vorgelegte Entwurf, der in erster Linie einen nochmaligen Nachschlag für Betuchte bringt, beweist vielmehr erneut, daß Steuergerechtigkeit nicht zu den Zielen der Politik der Bundesregierung gehört. Die Bundesregierung glaubt vielmehr, mit dieser „Nachbesserung“ den in Paris angemahnten Forderungen der anderen westlichen Industrieländer nach einem Beitrag der Bundesrepublik zur konjunkturellen Stabilisierung gerecht zu werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Zertifiziert durch  
das Zentraler Institut für  
Recycling-Papier



Im Prinzip ist der Bundesregierung zuzustimmen, daß auch Steuerentlastungen die Binnennachfrage ankurbeln und damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Beschäftigung leisten könnten. Dies gilt allerdings nur, wenn die Entlastungen vorrangig den Bevölkerungskreisen zugute kommen, die damit nicht Finanzanlagen im Ausland erwerben, sondern die zusätzlich verfügbaren Mittel tatsächlich in Nachfrage umsetzen.

Es ist daher auch wirtschaftspolitisch falsch, über Steuergeschenke die Vermögenslage der Bezieher hoher und höchster Einkommen weiter zu verbessern. Richtig wäre es jetzt, die Mehrheit der Durchschnitts- und Kleinverdiener konzentriert zu entlasten. Das ist die große Mehrheit der Steuerzahler in unserem Land, die - vor allem, wenn sie Familie und mehrere Kinder haben - ihr volles oder fast gesamtes Einkommen unter einem zu hohen Abgabendruck für den Lebensunterhalt verwenden müssen.

Die Bundesregierung geht mit dem vorliegenden Gesetzentwurf jedoch genau den wirtschaftspolitisch falschen Weg: Während die Bezieher hoher und höchster Einkommen 1988 zu den ohnehin vorgesehenen 4.000 DM noch einmal 2.000 DM erhalten, insgesamt genau 6.258 DM, werden verheiratete Normalverdiener mit insgesamt 94 DM jährlich abgespeist. Das sind noch nicht einmal acht DM im Monat.

Dies ist nicht nur ungerecht, es ist auch wirtschaftlich verfehlt. Eine spürbare Konjunkturstärkung ist von einer derartigen Maßnahme nicht zu erwarten. Graf Lambsdorff hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die USA für die Steuerpolitik der Bundesregierung nur noch „Spott und Hohn“ übrig haben.

Die Bundesregierung muß daher damit rechnen, bei dem kommenden Weltwirtschaftsgipfel in Venedig von den anderen Industriestaaten noch mehr unter Druck gesetzt zu werden. Mit ihrer konjunkturpolitisch völlig verfehlten Politik riskiere die Bundesregierung, daß nach einem ergebnislosen Weltwirtschaftsgipfel in Venedig der Dollar wieder absackt und die Probleme unserer Exportwirtschaft weiter zunehmen.

Die Bundesregierung hat damit eine Chance vertan. Sie muß sich fragen lassen, warum sie das für die Aufstockung der Steuersenkung 1988 bereitgestellte Geld nicht konsequent für eine Erhöhung des Grundfreibetrags eingesetzt hat. Dies hätte ausgereicht, um den Grundfreibetrag um mindestens 700 DM für Ledige beziehungsweise 1.400 DM für Verheiratete zu erhöhen. Das von der Koalition ja auch geforderte Ziel, das Existenzminimum mittelfristig steuerfrei zu stellen, wäre hierdurch ein gutes Stück nähergerückt. Zudem hätte man so die krass ungerechte Schieflage der Steuersenkung 1988 wenigstens etwas korrigiert, was auch konjunkturpolitisch positiv gewirkt hätte.

Doch so muß man feststellen: Die von der SPD vorgeschlagene Umstrukturierung der Steuersenkung 1988 ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger immer noch vorteilhafter - selbst unter Schonung der öffentlichen Haushalte um fünf Milliarden DM. Hierzu die fünf entscheidenden Argumente:

1. Nach dem von uns vorgeschlagenen Tarif wird der Grundfreibetrag auf 5.022 DM für Ledige und 10.044 DM für Verheiratete angehoben. Dies sind immer noch 270 beziehungsweise 540 DM mehr als nach dem jetzt vorgelegten Änderungsgesetz.
2. Unsere Vorschläge, die fünf Milliarden DM weniger kosten, führen dazu, daß Verheiratete bis zu einem Brutto-Einkommen von etwa 80.000 DM im Jahr und Ledige bis zu einem Brutto-Einkommen von immerhin noch circa 43.000 DM im Jahr weniger Steuern zu zahlen haben als nach dem jetzt eingebrachten Gesetzentwurf. Nicht nur Durchschnittsverdiener, sondern auch die gut verdienenden, verheirateten Facharbeiter, Angestellte, Ingenieure und Meister sowie die kleinen und mittleren Unternehmer werden nach unseren Tarifvorschlägen stärker entlastet.
3. Durch die von uns vorgeschlagene Anhebung des Kindergeldes auf monatlich 100 DM für das erste Kind, 200 DM für das zweite Kind und 300 DM für das dritte und jedes weitere Kind wird den Familien und vor allen Dingen den kinderreichen Familien spürbar geholfen. Die Bundesregierung hat dagegen mit der Umstellung auf Kinderfreibeträge ein ungerechtes System geschaffen, das einkommenstarke Familien krass bevorzugt.
4. Insgesamt führen unsere steuerpolitischen Vorschläge für 1988 im Vergleich zu den Vorschlägen der Bundesregierung dazu, daß 80 von Hundert der Verheirateten und 70 von Hundert der Ledigen nach unseren Vorschlägen immer noch günstiger behandelt werden.



5. Die breite Mehrheit der Steuerzahler wird also stärker entlastet, obwohl durch die Vorschläge der SPD - was für die öffentliche Investitionsfähigkeit wichtig ist - rund fünf Milliarden DM weniger Steuerausfälle für Bund, Länder und Gemeinden zu verkraften sind als durch die Vorschläge der Bundesregierung. Dies zeigt, wie einseitig die von der Bundesregierung vorgesehenen Steuersenkungen ausgerichtet sind.

Die Alternative der SPD zu der Steuersenkung 1988 beweist, daß eine gerechte Tarifgestaltung möglich ist, die gleichzeitig auch unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Inlandsnachfrage wirtschaftlich vernünftig ist. Die Bundesregierung setzt jedoch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf den eingeschlagenen Weg der Umverteilung von unten nach oben über die Steuerpolitik konsequent fort.

Die Bundesregierung versucht krampfhaft zu verschleiern, daß sie durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer sowie die breite Mehrheit der Steuerzahler unterproportional, die Bezieher hoher und höchster Einkommen dagegen überproportional entlastet.

Um von der einseitigen Begünstigung der Bezieher hoher und höchster Einkommen durch die Steuersenkung 1988 abzulenken, verweist der Bundesfinanzminister darauf, daß die Steueränderungen 1986 bis 1990 als eine Einheit betrachtet werden müssen. Aber auch bei einer Gesamtschau der einzelnen Stufen, die alle den gleichen Strukturfehler aufweisen, ergibt sich nur die Summe der ungerechten Umverteilungspolitik.

Von der Steuersenkung 1986 hat, wie wir aus vielen Meinungsumfragen wissen, die große Mehrheit unserer Bürger nichts gespürt. Nur die Bezieher hoher Einkommen gaben an, 1986 weniger Steuern gezahlt zu haben. Viele Bürger hatten sogar den Eindruck, mehr Steuern zahlen zu müssen. Und dies trifft auch zu: So ist zum Beispiel die Steuerbelastung eines ledigen Arbeitnehmers mit Durchschnittseinkommen als Folge des immer höheren Hineinwachsens in die Progression 1986 gestiegen und nicht etwa gesunken: Während seine Lohnsteuerbelastung 1982 noch 16 Prozent betrug, stieg sie 1986 auf fast 18 Prozent und wird bis 1989 auf 18,5 Prozent weiter ansteigen. So sieht das zusammengefaßte Ergebnis der Steuerpolitik der Bundesregierung aus!

Für 1990 sind leider konkrete Angaben über die Entwicklung der Steuerbelastung nach den Plänen der Bundesregierung noch nicht möglich. Sie hat nämlich erst die Speckseite ihrer Steuerpläne 1990, den Steuerentlastungsteil, der Öffentlichkeit präsentiert. Wie der andere Teil, die Finanzierungssseite ihres Steuerpakets, aussieht, will sie bis nach den letzten Landtagswahlen in diesem Jahr verschweigen. Gegenwärtig weiß die Mehrheit der Bürger nicht, wie sich das Steuerpaket 1990 für sie auswirkt, ob sie entlastet oder belastet werden. Nur die kleine Zahl der sehr gut Verdienenden, für die der Spitzensteuersatz gesenkt werden soll, kann sicher sein, daß sie der absolute Gewinner des Steuerpakets ist.

Mit der Politik einseitig ungerechter Steuergeschenke bringt die Bundesregierung die öffentlichen Haushalte in immer massivere Schwierigkeiten. Der Bundesfinanzminister hat selbst bereits einen Anstieg der Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahre 1990 angekündigt. Im Klartext heißt das, Bund, Länder und Gemeinden müssen 1990 70 Milliarden DM neue Schulden aufnehmen.

Dem Bund werden 1990 mindestens 45 Milliarden DM fehlen, auch wenn die Bundesregierung bisher nur eine geplante Neuverschuldung von etwas über 30 Milliarden DM zugegeben hat. Und bei dem 45-Milliarden-DM-Haushaltsdefizit des Bundes ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß das in dieser Woche veröffentlichte Ergebnis der Steuerschätzung gegenüber der letzten Steuerschätzung ein weiteres Loch von 7,3 Milliarden DM für 1990 aufreißt, für das keine Deckung besteht. Die Bundesregierung sitzt damit auf einer selbstgebastelten haushaltspolitischen Zeitbombe. Mit dem angekündigten Subventionsabbau, bei dem die Bundesregierung bisher jeden Erfolgswachweis schuldig geblieben ist, wird sie ihre Haushaltsprobleme nicht in den Griff bekommen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird immer wahrscheinlicher. Und es ist zu befürchten, daß die Mehrwertsteuer sogar um zwei Prozentpunkte von 14 auf 16 Prozent erhöht wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Das von der Bundesregierung eingebrachte Reparatur-Gesetz verspielt die Chance, unser Steuersystem gerechter zu machen. Es verspielt auch konjunkturelle Chancen. Sicher ist lediglich, daß es bis 1990 die öffentliche Verschuldung um 16,5 Milliarden DM zusätzlich verschärft. Die Koalition wird es daher bald bereuen, wenn sie unseren Antrag für eine gerechte und gleichzeitig beschäftigungswirksame Steuerpolitik ablehnt. (-/22.5.1987/rs/ks)

Alle Jahre wieder: Erhöhung der Kraftfahrzeughaftpflicht

Die Verbraucherorganisationen und Automobilverbände sollen dem Versicherungsnehmer helfen

Von Dr. Anke Martiny MdB  
Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Niemand weiß genau, worauf es zurückzuführen ist: Der Schadenverlauf bei den Auto-Haftpflichtversicherungen war im vergangenen Jahr erheblich schlechter als vorausgeschätzt. War es der lange Winter, war es die wieder zunehmende Raserei, oder war es die erneut gewachsene Autozahl und damit Verkehrsdichte? Die Autoversicherer drohen uns mit vorzeitigen Anhebungen der Tarife, wenn nicht der Schadenverlauf im weiteren Verlauf des Jahres 1987 günstiger aussieht als in den bereits abgelaufenen Monaten. Nur wenn dies der Fall ist, werden sie - so sagen sie jedenfalls - die Tarife bis Mitte 1988 stabil halten können. Auf jeden Fall aber sollen sich ab 1. Oktober dieses Jahres die Kasko-Sparten verteuern, denn hier sind in den vergangenen vier Monaten bereits erhebliche Verluste eingetreten.

Was aus der Konsumentenperspektive hieran stört, ist die Erfahrung der vergangenen Jahre, daß nämlich schon weit vor Ablauf eines Versicherungsjahres Erhöhungen der Haftpflichttarife für das kommende Jahr angekündigt werden, die dann - genehmigt durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen - im darauf folgenden Jahr auch eintreten. In den vergangenen Jahren war es allerdings zumeist so, daß die Erhöhung so großzügig bemessen war, daß zum Jahresende Rückvergütungen eintreten konnten, wobei kein Versicherungsnehmer sicher sein konnte, daß tatsächlich das zu viel einbehaltene Geld voll an ihn ausgeschüttet wurde und nicht etwa doch eine bestimmte Summe, die der Risikoabsicherung diene und nicht benötigt worden war, dem Vermögen der Versicherungsgesellschaft einverleibt wurde.

Es bleibt eine gehörige Portion Mißtrauen, daß die Haftpflichtversicherer wieder einmal in propagandistisch für sie günstiger Weise Erhöhungen der Prämie durchdrücken, die kein Versicherungsnehmer auf ihre Berechtigung hin überprüfen kann. Daß das Bundesaufsichtsamt, das ja jeweils die Summe der Versicherten vor Augen hat, in anderer Weise prüft und kalkuliert, als dies der einzelne Versicherungsnehmer täte, ist wohl klar: Das Aufsichtsamt prüft, ob die Finanzdecke reicht; der einzelne Versicherungsnehmer (oder die Versicherungsnehmerin) müßte prüfen, ob nicht ein Umsteigen zu einer günstigeren Versicherungsgesellschaft angeraten wäre. Dazu werden den Versicherungsnehmern die zahlenmäßigen Grundlagen, auf deren objektive Richtigkeit sie vertrauen können, aber nicht geliefert.

Wer vertritt eigentlich den Versicherungsnehmer/die Versicherungsnehmerin im konkreten Einzelfall? Die Verbraucherorganisationen, aber auch der ADAC und die anderen Automobilverbände wären aufgerufen, sich dieses Problems einmal gezielt anzunehmen. (-/22.5.1987/vo-ha/rs)

Laßt das Haus der Geschichte: Holt Hildebrandt nach Bonn!

Ein Gruß zum 60. Geburtstag an den Mann, der über die Vergangenheit im Wahrheitston erzählt

Von Freimut Duve MdB

Seinen ersten mutig schüchternen Näherungsversuch an seine Frau beschreibt Hildebrandt mit diesem Satz: „Und dann kam es, dieses Lachen“. Sie hat, als das Lachen fertig war, die Frage drangesetzt: „Sind Sie Komiker?“ Er war's damals noch nicht, sondern saß in einem Zug nach München und hatte sich soeben neben seine zukünftige Frau geschmuggelt. Der spontane Heiratsantrag wurde mit der Frage quittiert nach seinem Beruf. Das fand statt in einem Vertriebenen-Sonderzug nach München - man wollte zum Schlesier-Treffen.

Dieter Hildebrandt wird sechzig; der Mann ist Geschichte, der Notar aus der Provinz, der Windschutzscheibenreiniger. Ein „Haus der Geschichte“ in Bonn will die Bundesregierung bauen. Das sollte sie sein lassen. Den Hildebrandt soll sie einstellen. Der kann den Brennspiegel auf die großen hohen Worte richten und er kann die komischen Bilder der Bonner Fiktionen in die ernstesten Bilder der Wirklichkeit des Kabarettums malen.

Geschichtsbewußtsein? Wer Hildebrandts Zuspitzungen nachliest, oder auf Platten nachhört, hat sie, die Nachkriegsgeschichte. Die wollen das Haus der Geschichte in Bonn? Dieselben, die den Scheibenwischer aus dem Fernsehen blinden wollten?

Nehmt den Hildebrandt! Der mußte aus Schlesien kommen, aus Bunzlau, der mußte sich durchwühlen durch die Schlammsschichten der Zwischenwelt von Kriegsende und Friedensanfang. In Hitlers Kinderarmee, im Lager der Amis. Ein Haus der Geschichte in Bonn? Wenn das Wasserwerk wieder frei wird, laßt ihn immer wieder nachspotten, wie das war mit Globke und Seebohm, mit Strauß und dem Schützenpanzer aus Sperrholz, oder den Ami-Wohnungen, die die Strauß-Freunde bauen durften.

Der Mann weiß stets, ob das Publikum weiß, wovon er redet. Er ist auch der einzige, der einen geschmetterten Satz gekonnt genau da abbrechen kann, wo alle wissen, wie's weitergeht. Das macht ihm keiner vor und nach. Die Sätze, die Kohl zur Geschichte parat hat, spricht der immer zu Ende und niemand weiß, was er meint. Bei Hildebrandt ist es umgekehrt.

Ich stelle mir das so vor: Die Besucher werden ins Wasserwerk geführt - während drüben, im wieder aufgebauten Plenarsaal, die Debatte stattfindet. Sie wird - stumm - auf eine große Leinwand übertragen. Und unten spricht der Hildebrandt live und erzählt seine Geschichte. Unsere Geschichte, Straußens Geschichte, Adenauers Geschichte, Brandts und Schmidts Geschichte. Die Geschichte meiner pensionierten Nachbarn, die Geschichte meiner Mutter, die Geschichte meiner Kinder. Erzählt ein bißchen vom Rhein-Main-Donaukanal. Immer in seinem Wahrheitston, der auf die Zuhörer wie ein Lügendetektor wirkt.

Das wäre mein Haus der Geschichte. Ich wäre da gerne Platzanweiser, wie er's war bei Werner Fink.

Das wäre gut, das wäre billig. Nur haben müßten wir ihn dafür, mindestens noch dreißig Jahre.

Hildebrandt in Bonn, und abends kurz nach der Tagesschau Hildebrandt aus Bonn: Das Wetter von morgen? Der Hildebrandt von heute.

Ich weiß, sie werden's nicht tun. Kohl nicht und die Historiker nicht. Stattdessen werden sie irgendwo ein Foto anbringen; Sammy Drechsel und Dieter Hildebrandt: „Mit ihrem bissigen Kabarett ‚Lach und Schießgesellschaft‘ belebten (beklebten) sie die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik“. Sie werden ihn einsperren in das Museum. Hildebrandt wird sechzig. Wer bleibt da übrig?  
(-/22.5.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION

ZMO-Appell an Kohl: Chance der Abrüstung wahrnehmen

Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) hat an Bundeskanzler Helmut Kohl appelliert, die Chance zur Abrüstung wahrzunehmen. Wir dokumentieren den Brief des ZMO-Bundesvorsitzenden, Horst Sielaff MdB, an den Regierungschef im Wortlaut.

„Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) repräsentiert eine große Anzahl von Vertriebenen, Flüchtlingen, Aus- und Umsiedlern.

Von vielen Veranstaltungen und Seminaren mit diesem Personenkreis wissen wir, wie sehr diese Menschen ihre Hoffnung auf die Fortsetzung der Entspannungspolitik setzen. Schließlich waren es vor allem die Vertriebenen und Flüchtlinge, die in besonders eindringlicher und schmerzhafter Weise jahrzehntelang, bis in unsere Tage hinein, durch die Folgen des letzten Krieges gelitten haben.

Mit großer Hoffnung und Anteilnahme haben wir alle Ihr Versprechen aufgenommen: ‚FRIEDEN SCHAFFEN MIT IMMER WENIGER WAFFEN‘.

Nur Entspannungspolitik, konkrete Abrüstungsschritte und vertrauensbildende Maßnahmen machen Grenzen, die allzu häufig Deutsche von Deutschen, Eltern von Kindern und ganze Familien trennen, durchlässiger.

Wir wissen durch viele Begegnungen, auch die Menschen in Ost- und Südosteuropa wollen keinen Krieg, sondern wollen endlich den Rüstungssinn beendet sehen.

Wir warten auf ein Zeichen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, daß die Aussagen Ihres Außenministers erkennbare Meinung der gesamten Regierung werden.

Wir bitten Sie eindringlich, mit dafür einzutreten, daß die erstmalige Chance konkreter Abrüstungsschritte wahrgenommen wird, daß die Null-Lösung im Mittelstreckenwaffenbereich als Einstieg zu weiteren Abrüstungsschritten, auch im konventionellen Bereich, genutzt wird.

Sie wissen ebenso gut wie wir, daß die Erde zu bersten droht vor Vernichtungspotential und daß eine zögerliche und falsche Haltung erstmals in der Menschheitsgeschichte durch nichts wiedergutmachen ist.

Wir wünschen, daß der Eid, den Sie bei der Übernahme Ihres hohen Amtes ablegten, nämlich Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden, Sie zum Handeln im Sinne dieses Appells bringt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Horst Sielaff MdB  
Bundesvorsitzender.“

(-/22.5.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

